



Rat der
Europäischen Union

Brüssel, den 30. September 2016
(OR. en)

12770/16

FIN 611

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

Absender:	Frau Kristalina GEORGIEVA, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission
Eingangsdatum:	30. September 2016
Empfänger:	Herr Peter KAŽIMÍR, Präsident des Rates der Europäischen Union
Betr.:	Vorschlag für eine Mittelübertragung Nr. DEC 25/2016 innerhalb des Einzelplans III – Kommission – des Gesamthaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2016

Die Delegationen erhalten in der Anlage das Dokument DEC 25/2016.

Anl.: DEC 25/2016



BRÜSSEL, 29/09/2016

GESAMTHAUSHALTSPLAN – HAUSHALTSJAHR 2016
EINZELPLAN III – KOMMISSION TITEL: 01, 23, 40

MITTELÜBERTRAGUNG Nr. DEC 25/2016

HERKUNFT DER MITTEL

KAPITEL – 01 03 Internationale Wirtschafts- und Finanzfragen

ARTIKEL – 01 03 02 Makrofinanzielle Hilfe	Zahlungen	-37 500 000,00
---	-----------	----------------

KAPITEL – 40 02 Reserve für Finanzinterventionen

ARTIKEL – 40 02 42 Soforthilfereserve	Verpflichtungen	-50 000 000,00
---------------------------------------	-----------------	----------------

BESTIMMUNG DER MITTEL

KAPITEL – 23 02 Humanitäre Hilfe, Nahrungsmittelhilfe und Katastrophenvorsorge

ARTIKEL – 23 02 01 Bereitstellung rascher, wirksamer und bedarfsgerechter humanitärer und Nahrungsmittelhilfe	Verpflichtungen	50 000 000,00
	Zahlungen	37 500 000,00

I. ENTNAHME

I.1

a) Bezeichnung der Haushaltslinie

01 03 02 – Makrofinanzielle Hilfe

b) Zahlenangaben (Stand: 16.9.2016)

	Zahlungen
1A Mittel des Haushaltsjahres (ursprünglicher Ansatz + BH)	79 669 000,00
1B Mittel des Haushaltsjahres (EFTA)	0,00
2 Mittelübertragungen	0,00
3 Endgültige Mittel des Haushaltsjahres (1A+1B+2)	79 669 000,00
4 Inanspruchnahme der endgültigen Mittel des Haushaltsjahres	5 061 732,00
5 Nichtverwendete/verfügbare Mittel (3-4)	74 607 268,00
6 Bedarf bis Ende des Haushaltsjahres	37 107 268,00
7 Beantragte Entnahme	37 500 000,00
8 Anteil der Entnahme an den Mitteln des Haushaltsjahres (7/1A)	47,07 %
9 Anteil der kumulierten Entnahmen im Sinne des Artikels 26 Absatz 1 Buchstabe b HO, berechnet gemäß Artikel 14 AB, an den endgültigen Mitteln des Haushaltsjahres	entfällt

c) Einnahmen aus Einziehungen (aus dem Vorjahr übertragene Mittel)

	Zahlungen
1 Verfügbare Mittel am Jahresanfang	0,00
2 Verfügbare Mittel am 16.9.2016	0,00
3 Ausführungsrate [(1-2)/1]	entfällt

d) Begründung

Den früheren Vorausschätzungen gemäß wurde die Makrofinanzielle Hilfe (MFA) für die Kirgisische Republik (15 Mio. EUR als Finanzhilfen) im April 2016 vollständig ausbezahlt. Bei der MFA-Maßnahme für Georgien (23 Mio. EUR als Finanzhilfen), deren vollständige Durchführung für 2016 vorgesehen war, kommt es gegenwärtig zu Verzögerungen und es wird wahrscheinlich vorgeschlagen, die Mittel auf das Jahr 2017 zu übertragen. Die MFA-Maßnahme für die Republik Moldau, die für 2016 vorgesehen war, ist jedoch noch nicht vorgeschlagen worden und es ist unwahrscheinlich, dass sie vor Jahresende durchgeführt wird. Daher können die verbleibenden Mittel für Zahlungen bereitgestellt werden.

I.2

a) Bezeichnung der Haushaltslinie

40 02 42 – Soforthilfereserve

b) Zahlenangaben (Stand: 16.9.2016)

	Verpflichtungen
1A Mittel des Haushaltsjahres (ursprünglicher Ansatz + BH)	309 000 000,00
1B Mittel des Haushaltsjahres (EFTA)	0,00
2 Mittelübertragungen	-85 622 134,00
3 Endgültige Mittel des Haushaltsjahres (1A+1B+2)	223 377 866,00
4 Inanspruchnahme der endgültigen Mittel des Haushaltsjahres	0,00
5 Nichtverwendete/verfügbare Mittel (3-4)	223 377 866,00
6 Bedarf bis Ende des Haushaltsjahres	173 377 866,00
7 Beantragte Entnahme	50 000 000,00
8 Anteil der Entnahme an den Mitteln des Haushaltsjahres (7/1A)	16,18 %
9 Anteil der kumulierten Entnahmen im Sinne des Artikels 26 Absatz 1 Buchstabe b HO, berechnet gemäß Artikel 14 AB, an den endgültigen Mitteln des Haushaltsjahres	entfällt

c) Einnahmen aus Einziehungen (aus dem Vorjahr übertragene Mittel)

	Verpflichtungen
1 Verfügbare Mittel am Jahresanfang	0,00
2 Verfügbare Mittel am 16.9.2016	0,00
3 Ausführungsrate $[(1-2)/1]$	entfällt

d) Begründung

Gemäß Artikel 9 des mehrjährigen Finanzrahmens soll die Soforthilfereserve im Fall von Ereignissen, die bei der Aufstellung des Haushaltsplans nicht vorhersehbar waren, rasch einen punktuellen Bedarf an Hilfeleistungen für Drittländer decken; sie ist vorrangig für humanitäre Zwecke bestimmt, sofern die Umstände es erfordern aber auch für Maßnahmen des zivilen Krisenmanagements und des Katastrophenschutzes sowie für besondere Belastungssituationen, die durch den Zustrom von Migranten an den Außengrenzen der Union entstehen.

II. AUFSTOCKUNG

II.1

a) Bezeichnung der Haushaltslinie

23 02 01 – Bereitstellung rascher, wirksamer und bedarfsgerechter humanitärer und Nahrungsmittelhilfe

b) Zahlenangaben (Stand: 16.9.2016)

	Verpflichtungen	Zahlungen
1A Mittel des Haushaltsjahres (ursprünglicher Ansatz + BH)	1 061 821 941,00	1 428 753 205,00
1B Mittel des Haushaltsjahres (EFTA)	0,00	0,00
2 Mittelübertragungen	85 622 134,00	117 500 000,00
3 Endgültige Mittel des Haushaltsjahres (1A+1B+2)	1 147 444 075,00	1 546 253 205,00
4 Inanspruchnahme der endgültigen Mittel des Haushaltsjahres	1 101 227 134,00	1 107 445 785,76
5 Nichtverwendete/verfügbare Mittel (3-4)	46 216 941,00	438 807 419,24
6 Bedarf bis Ende des Haushaltsjahres	96 216 941,00	476 307 419,24
7 Beantragte Aufstockung	50 000 000,00	37 500 000,00
8 Anteil der Aufstockung an den Mitteln des Haushaltsjahres (7/1A)	4,71 %	2,62 %
9 Anteil der kumulierten Aufstockungen im Sinne des Artikels 26 Absatz 1 Buchstabe b HO, berechnet gemäß Artikel 14 AB, an den endgültigen Mitteln des Haushaltsjahres	entfällt	entfällt

c) Einnahmen aus Einziehungen (aus dem Vorjahr übertragene Mittel)

	Verpflichtungen	Zahlungen
1 Verfügbare Mittel am Jahresanfang	306 860,31	20 141,75
2 Verfügbare Mittel am 16.9.2016	122 519,31	0,00
3 Ausführungsrate [(1-2)/1]	60,07 %	100,00 %

d) Begründung

Die Situation im Südsudan hat sich in jeder Hinsicht verschlechtert, sowohl im politischen und wirtschaftlichen als auch im humanitären Bereich. Die Ausweitung und Intensivierung der Kampfhandlungen hat zu erneuten massiven Fluchtbewegungen innerhalb und außerhalb des Landes geführt. Der Konflikt hat Lebensgrundlagen und Warenströme im ganzen Land vollständig zerstört. Dies hat Auswirkungen auf die Lage im Bereich der Ernährungssicherheit, die so schlecht ist wie seit der Unabhängigkeit des Südsudan nicht mehr. Geschätzte 4,8 Millionen Menschen, das sind 40 % der Gesamtbevölkerung, sind von gravierender Ernährungsunsicherheit betroffen. Durch den Konflikt und die Vertreibungen wird außerdem der Zugang zu sauberem Trinkwasser und angemessener Hygienisierung eingeschränkt. Die Zahl der Menschen, die unter Durchfallerkrankungen und durch Wasser übertragene Krankheiten leiden, ist sehr hoch.

In den vergangenen sechs Monaten sind Schätzungen zufolge 100 000 Menschen aus dem Südsudan in den Sudan geflohen. Bis zu 60 % der Vertriebenen sind Kinder. Die extrem geringen Finanzmittel (nur 13 % des Bedarfs) wirken sich unmittelbar auf die Bereitstellung von Hilfe aus.

Der Anstieg der Binnenvertreibung sowie die Überflutungen der letzten Zeit verschärfen die Lage im Bereich Nahrungsmittel und Ernährung zusätzlich. Schätzungen zufolge leiden 2 Millionen Kinder unter akuter Mangelernährung, 500 000 davon in verschärfter Ausprägung. Außerdem leben 4,6 Millionen Menschen mit Ernährungsunsicherheit auf Krisen- oder Notfallstufe.

Der Ausbruch der Kampfhandlungen im Juli hat Südsudanesen zur Flucht nach Uganda gezwungen. Seit dem 1. Juli 2016 sind dort 115 000 Menschen angekommen. Es befinden sich nunmehr über 340 000 Flüchtlinge aus dem

Südsudan im Land. Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) schätzt, dass bis Jahresende weitere 110 000 Flüchtlinge nach Uganda kommen werden.

Das Welternährungsprogramm (WFP) hat Versorgungsausfälle verzeichnet und ab August 2016 wurde um die Hälfte weniger Nahrung und Bargeld bereitgestellt. Für die Nahrungsmittelhilfe für über 420 000 Flüchtlinge werden dringend 20 Mio. USD benötigt.

Die Gesundheitsversorgung bleibt kritisch, sowohl im Bereich Personal als auch bei der Infrastruktur klaffen Lücken. Die öffentliche Gesundheit gibt Anlass zur Besorgnis, unter anderem könnte es aufgrund überfüllter Flüchtlingsunterkünfte zu Krankheitsausbrüchen kommen.

Die UNHCR-Hilfsmaßnahme für Uganda ist nur zu 26 % des Bedarfs finanziert, der behördenübergreifende regionale Reaktionsplan für südsudanesishe Flüchtlinge in Uganda nur zu 23 %.

Gestützt auf eine gründliche Bedarfsanalyse werden von der EU zusätzliche Hilfsbeiträge in Höhe von insgesamt 50 Mio. EUR benötigt, die sich wie folgt verteilen: 40 Mio. EUR für den Südsudan, 5 Mio. EUR für den Sudan und 5 Mio. EUR für Uganda.

Der Umfang des ermittelten Bedarfs im Zusammenhang mit dieser Krise übersteigt die derzeit für das Instrument für humanitäre Hilfe verfügbaren Beträge.

Zum 1. September betrug die Gesamtausführungsrate bei den Mitteln für Verpflichtungen des Kapitels „Humanitäre Hilfe“ 96,6 % (und 96,5 % für die wichtigste Haushaltslinie „Humanitäre und Nahrungsmittelhilfe“ 23 02 01). Bei den Mitteln für Zahlungen liegen die Ausführungsraten bei 72,3 % für das Kapitel „Humanitäre Hilfe“ und bei 71,5 % für die wichtigste Haushaltslinie 23 02 01. Der gegenwärtige Saldo von 38 Mio. EUR der Mittel für Verpflichtungen der operativen Reserve für die humanitäre Hilfe wird für die Bewältigung von bis zum Ende des Jahres auftretenden Krisen und Naturkatastrophen benötigt.

Nachdem die Möglichkeiten der Umschichtung aus anderen Politikbereichen der Rubrik 4 erschöpft wurden, schlägt die Kommission die Bereitstellung von 50 Mio. EUR aus der Soforthilfereserve als Mittel für Verpflichtungen vor.

Der Bedarf an Mitteln für Zahlungen liegt bei 75 % der Mittel für Verpflichtungen, auf der Grundlage der durchschnittlichen Vorfinanzierungsrate von Verträgen, die in den ersten acht Monaten des Jahres 2016 unterzeichnet wurden. Die entsprechenden 37,5 Mio. EUR werden aus einer anderen Haushaltslinie umgeschichtet (siehe obenstehenden Abschnitt I.1).

(Weitere Informationen in Anhang 1 und 2).

ANNEX 1

REQUEST FOR BUDGETARY REINFORCEMENT – SUDAN AND SOUTH SUDAN

This request is complemented by a request for Uganda affected by a significant refugee influx linked to the South Sudan crisis (Annex 2)

2015	
Total amount committed for this crisis (including EDF)	EUR 160 250 000
2016	
Amount committed through the current year's initial HIP(s): - EUR 60 million for South Sudan and EUR 25 000 000 for Sudan	EUR 85 000 000
Reinforcements from: - Operational Reserve <ul style="list-style-type: none"> • Education in Emergencies 	EUR 3 500 000
- Emergency Aid Reserve <ul style="list-style-type: none"> • South Sudan 	EUR 40 000 000
- HIP Children of Peace	EUR 700 000
Total amount from EU Budget:	EUR 129 200 000
Amount committed from the EDF in 2016: - EDF Decision adopted on 2.12.2015 and related amendment on 19.05.2016 (El Niño response/Sudan).	EUR 15 000 000
Total amount committed in 2016 (including EDF)	EUR 144 200 000
Other EU funding (DEVCO, etc.) <i>N.B.: South Sudan and Sudan are not eligible under the 11th EDF. Both countries are not a signatory of Cotonou. They only benefit from regional programmes:</i> - Soudan	EUR 25 000 000
Other donors (source Financial Tracking Service (FTS) as of 09/09/2016) - South Sudan : USD 714 976 526 - Sudan : USD 454 735 273	USD 1 169 711 799

Additional needs	
Total needs Annex 1	EUR 45 000 000
Breakdown by country :	
South Sudan	EUR 40 000 000
Sudan	EUR 5 000 000

Timing

As soon as possible as needs are drastically increasing with a rapid deterioration of the situation all over the country.

Why the additional funding is needed?

South Sudan:

There is a deterioration of the situation in South Sudan on all fronts: political, economic and humanitarian.

The country suffered a major set-back of the peace process in July. Military clashes across the country culminated in an outbreak of heavy fighting in the capital Juba on 8 July. The opposition leader, Riek Machar, who occupied the post of Vice President was forced to flee the country. The political situation is very fragmented and instable, although Juba is relatively stable and a new Vice President is in place since August.

The economic situation is worse than ever. Inflation has reached 660% and the South Sudanese pound is losing value. Foreign exchange reserves are basically depleted and oil revenue remains very low. There is no progress in the discussions with the International Monetary Fund (IMF) on a recovery program.

The spread and intensification of fighting has triggered new massive forced displacements inside and outside the country. Civilians are fleeing attacks and have been systematically targeted by armed forces, in particular women and children who have suffered sexual violence. There are strong indications that there is an ethnic intent behind the targeting of civilians. Civilians are seeking protection either in the UN Mission (UNMISS) bases camps (so-called Protection of Civilian sites), outside the country. More than 115 000 South Sudanese have fled to Uganda. Additional 100 000 South Sudanese have fled to Sudan in the past 6 months.

The conflict and displacements have completely disrupted livelihoods and the flows of goods throughout the country. This impacts the food security situation, which is worse than ever since South Sudan gained independence. An estimated 4.8 million people - 40% of the population - are severely food insecure during the period May-July 2016.

Malnutrition is above emergency thresholds in all but three states, with Global Acute Malnutrition (GAM) rates in Northern Bahr el Ghazal (33.3%) and Unity State (26.2%) around double the critical emergency thresholds. The national GAM average of 17.9% is above the critical emergency threshold of 15%. Considering the negative impact that conflict will have on food security and access to basic services, a continued deterioration of the nutritional status of the population can be expected.

1.1 million people are estimated to have contracted malaria in the first 7 months of 2016. This is an increase of 14% compared to 2015, which was already a record year. 12 counties have reported confirmed outbreaks of measles. An outbreak of cholera has been confirmed with a total of 1 762 suspected cholera cases including 26 deaths as of 6 September. Treatment of war-inflicted wounds continues to be a significant problem, as destruction and looting of health facilities is common in the areas affected by the conflict. The conflict and resulting displacement is further worsening access to safe water and appropriate sanitation. The number of people suffering from diarrheal and water borne disease outbreak is very high.

Sudan:

The flow of refugees into East Darfur, West and South Kordofan, and White Nile remains constant, with new arrivals on a daily basis since the beginning of 2016. Humanitarian partners on the ground continue scaling up the emergency response as well as closely monitoring the situation in order to prepare for massive new influxes of people. Contingency planning/forecasts are being revised as the United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR) is reviewing upwards the number of refugees from South Sudan. New arrivals from South Sudan are estimated at **100 000 in the past 6 months** whilst an increased number of **returnees** (50 000 – 100 000 people) has been reported from Chad to Darfur. In this context, the extremely low level of funding for the refugee response (only 13%) directly affects the quality and timeliness of the assistance.

The humanitarian situation in Darfur has been marked by massive **new displacements** of at least 100 000 Sudanese in the last 6 months, due to the resumption of violence and hostilities in Jebel Marra. Insecurity has also continued in the two transit areas, South Kordofan and Blue Nile, where at least 230 000 Internally Displaced Persons (IDPs) are in need of humanitarian assistance. Children represent up to 60% of the displaced population and the proportion is even higher among newly displaced communities.

Heavy rains and flooding since early June have affected over **200 000** people and destroyed over **22 000** houses in many parts of Sudan. Floods are expected to continue until October.

The nutritional status of children under 5 remains critical, with 2 million children suffering of Global Acute Malnutrition, including 500 000 suffering from its more severe form. In addition, some 4.6 million people are living with crisis or emergency levels of food insecurity, as per the Integrated Food Security Phase Classification (IPC) analysis. The gap of food supplies is expected to continue until October 2016. The situation is very worrying as the populations are already highly vulnerable due to the impact of El Niño and low level of response. Furthermore, increased internal displacement, continuous influx of refugees and flood affected populations place additional strain on the food and nutritional pipelines.

What will it be used for?

South Sudan:

The Commission will seek to:

1. Reduce mortality and morbidity through adequate food assistance and emergency integrated health and nutrition responses, along with the emergency health, protection, water, sanitation and hygiene promotion (WASH);
2. Respond to selected humanitarian needs especially in areas with destitution and overcrowding leading to a high level of vulnerability and risk, such as UNMISS Protection of Civilians sites and refugee camps;
3. Support basic services in communities exposed to high risks of morbidity and mortality that have high malnutrition rates and face disease outbreaks;
4. Prepare for and respond to emergency humanitarian needs to respond to new shocks, including conflict, forced displacement, deteriorating food insecurity, increasing malnutrition, natural disasters, seasonal hunger or a total temporary breakdown of life-saving services.
5. Strengthen protection activities addressing in particular child protection and Sexual and Gender Based Violence.

Sudan:

In order to respond to the needs identified, the additional funding requested will contribute to:

1. Reinforce integrated multi-sectoral programming to address most critical needs of refugees and host communities;
2. Increase the contribution to food and nutrition pipelines in order to address critical gaps and continue strengthening severe acute malnutrition (SAM) and moderate acute malnutrition (MAM) treatment coverage;
3. Provide a targeted multi-sectoral response to new emergencies such as new displacements or floods;
4. Strengthen effective common services, such as coordination and transport, in order to timely support the implementation of emergency responses.

ANNEX 2

REQUEST FOR BUDGETARY REINFORCEMENT –UGANDA (SOUTH SUDAN CRISIS)

This request is complementary to the request made for the South Sudan crisis and its impact on neighbouring Sudan (Annex 1)

2015	
Total amount committed for this crisis (including EDF)	EUR 93 000 000
2016	
Amount committed through the current year's initial Humanitarian Implementation Plan (HIP) Horn of Africa:	EUR 76 710 000 <small>(including 11 000 000 for Uganda)</small>
Reinforcements from:	
- Operational Reserve	
• Uganda	EUR 4 000 000
• Education in Emergencies	EUR 4 800 000
	EUR 0
- Emergency Aid Reserve	EUR 290 000
- Children of Peace	
Total amount from EU Budget (i.e. total revised HIP and/or Emergency Decisions)	EUR 85 800 000
Amount committed for the Horn of Africa from the EDF:	
- EDF Decision adopted on 2.12.2015 and amendment on 19.05.2016 (El Niño response) – nothing for Uganda	EUR 163 000 000
Total amount committed this year (including EDF)	EUR 248 800 000
Other EU funding:	
EU Trust Fund for Africa <i>Nothing else relevant for the South Sudan crisis impact on Uganda</i>	EUR 10 000 000 (for three years)
Other donors (source Financial Tracking Service (FTS) as of 12/09/2016)	USD 78 222 046

Additional needs	
Total needs for Uganda	EUR 5 000 000

Timing	
By December 2016	

Why the additional funding is needed?	
The outbreak of heavy fighting in South Sudan on 7 July 2016 has triggered the largest refugee influx in Uganda . As of 1 September 2016, there are more than 340 000 South Sudanese	

refugees in the country and the influx continues at a worrying trend. Since 1 July Uganda has received an additional **115 000** refugees bringing the total 2016 influx to over **149 000** refugees. 87% of the newly arrived are women and children and 64% are under the age of 18. The United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR) estimates that another **110 000** South Sudanese refugees will cross over to Uganda in the last four months of the year. The overall number of refugees in Uganda is estimated at **617 000**, including refugees from the Democratic Republic of Congo (DRC) and Burundi and other countries. This makes Uganda the second largest refugee-hosting country in Africa after Ethiopia.

The sudden influx of refugees has resulted in significant overstretching of the transit and reception facilities. The key priority is to decongest them (many refugees have stayed at these facilities for more than a month waiting to be relocated), as well as to open new settlement areas to manage the influx of new arrivals and prevent disease outbreaks. The new settlement of Bidibidi in Yumbe District was opened on 3 August and has since received over 43 000 refugees. The process in identifying additional land and moving refugees has been slower than expected. Cases of resistance and reluctance of refugees to move have also been experienced for different reasons, such as differences in culture and religion between the hosts and refugees. The Bidibidi settlement is expected to fill up soon as refugees from all border points and from the transit and reception centres in Arua, Adjumani and Kiryandongo are relocated directly there. This requires fast and massive establishment of life-saving services at this settlement as well as identification of new settlements.

In terms of health care, 76 cases of cholera were identified in August 2016 in the Pagirinya settlement, 70 of whom were successfully treated. Cholera prevention efforts are continuing in both Pagirinya and Bidibidi with the situation reportedly under control but the risk of disease outbreaks remains high.

A rapid nutrition assessment carried out done by Action Contre la Faim (ACF) in the new reception facilities indicates that the nutrition status among the new arrivals is relatively stable. However, the health status was reported to be deteriorating as the refugees arriving recently have been walking long distances before arriving in Uganda. Health care provision remains critical, with heightened health needs and gaps in both staffing levels and infrastructure. Public health concerns including possible outbreaks of diseases due to overcrowded facilities are imminent.

The World Food Programme (WFP) has reported a shortfall of supplies and is already reducing food and cash deliveries by half starting in August 2016. USD 20 million is required urgently for food aid as WFP is assisting over 420 000 refugees.

The current situation is putting a lot of pressure on Uganda and its generous policy towards refugees. With refugee settlements already stretched, any further influx is likely to exceed capacity. Should restrictions on movements in South Sudan be loosened, a large influx of refugees from Central Western and nearby parts of Eastern Equatoria is likely to follow.

The 2016 humanitarian appeal for the South Sudan crisis was increased to US 32.2 million. The UNHCR Uganda operation is funded at only 26% of the needs, while the inter-agency Regional Response Plan (RRP) for South Sudan refugees in Uganda is funded at only 23% (before the revision).

What will it be used for?

Additional funding is urgently needed to ensure access to asylum, the provision of life-saving assistance, the effective management of reception centres and registration procedures, and the installation of refugees in new settlement areas.

In response to the major gap in the general humanitarian operation limiting its response capacity, the Commission has already provided EUR 4 million from Humanitarian Aid Operational Reserve (OR). However, additional funding is needed to respond to the still remaining significant needs.

Additional funding will be used to:

- provision of **life saving assistance** including emergency health, protection, water, sanitation and hygiene promotion (WASH), health and food;
- support to establishment of **settlements in new areas** including shelter and non-food items (NFIs);
- In view of the fact that the majority of new arrivals are women, children including unaccompanied minors, specific assistance in terms of **protection** needs also to be ensured.

ANNEX 3

COMMISSION TRANSFER PROPOSALS RELATED TO THE EMERGENCY AID RESERVE IN 2016

The table below shows the transfer proposals transmitted to the Budgetary Authority to date during 2016 which relate to the Emergency Aid Reserve (EAR), and the remaining amount of the EAR reserve following the approval of these proposals.

Transfer Ref	Content	Commitment Appropriations from 2016 Reserve (EUR)	Commitment Appropriations from Reserve carried-over (EUR)	Payment Appropriations from 2016 Reserve (EUR)
DEC 05	Mobilisation of the EAR for additional humanitarian aid for the Syria crisis		150.000.000	
DEC 15	Mobilisation of the EAR for additional humanitarian aid for Sudan and South Sudan		40.000.000	27.000.000
DEC 16	Mobilisation of the EAR for additional humanitarian aid for Yemen	622.134	29.377.866	24.000.000
DEC 17	Mobilisation of the EAR for additional humanitarian aid for Iraq	30.000.000		23.000.000
DEC 18	Mobilisation of the EAR for additional humanitarian aid for Turkey	55.000.000		44.000.000
DEC 25	Mobilisation of the EAR for additional humanitarian aid for South Sudan	50.000.000		
DEC 26	Mobilisation of the EAR for additional humanitarian aid for Yemen	10.000.000		
DEC 27	Mobilisation of the EAR for additional humanitarian aid for Iraq	30.000.000		
	Total of Proposals	175.622.134	219.377.866	118.000.000
	Remainder	133.377.866	0	191.000.000
	Total remainder of commitment appropriations	133.377.866		